Stadt Vetschau/Spreewald

Beschlussvorlage öffentlich	Vorlage-Nr:	BV-StVV-136-04			
	AZ:	602-2			
	Datum:	10.06.2004			
	Amt:	Bauamt			
	Verfasser:	Irena Roggatz			
Beratungsfolge		Anw.	Dafür	Dag.	Enth.
12.08.2004 Hauptausschuss		_____	_____	_____	_____
26.08.2004 Stadtverordnetenversammlung		_____	_____	_____	_____
Betreff Sondersatzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für das Land Brandenburg für die straßenbaulichen Maßnahmen in der Knorraue (Straßenbaubeitragsatzung Knorraue)					

Beschluss:

Sondersatzung

über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für das Land Brandenburg für die straßenbaulichen Maßnahmen in der Knorraue (Straßenbaubeitragsatzung Knorraue)

Auf Grund der §§ 5 und 35 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.10.2001 (GVBl. Teil I S. 154 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. März 2004 (GVBl. Teil I S. 66) i. V. mit den §§ 1, 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. Teil I S. 174 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juni 2004 (GVBl. Teil I S. 272) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald in ihrer Sitzung am 26.08.2004 folgende Sondersatzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für das Land Brandenburg für die straßenbaulichen Maßnahmen in der Knorraue beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Satzung gilt nur für den Ortsteil Laasow der Stadt Vetschau/Spreewald.

§ 2

Beitragstatbestand

Zum Ersatz des Aufwandes für die Verbesserung der Fahrbahn (Anlage im Sinne § 8 KAG) und der Verbesserung der Oberflächenentwässerung (Anlage im Sinne § 8 KAG) in der Knorraue im OT Laasow und als Gegenleistung für die durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser Anlagen den Eigentümern, Erbbauberechtigten und Nutzern der durch die Anlagen erschlossenen Grundstücke erwachsenden wirtschaftlichen Vorteilen erhebt die Stadt Vetschau/Spreewald Straßenbaubeiträge nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 3

Umfang und Ermittlung des beitragsfähigen Aufwandes

(1) Beitragsfähig ist insbesondere der Aufwand für

1. die Verbesserung von

a) Rinnen, Rand- und Bordsteinen,

b) Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen,

c) Entwässerungseinrichtungen für die Oberflächenentwässerung der Anlagen,

2. die Freilegung der Flächen,

3. die Verbesserung der Fahrbahn,

4. die Inanspruchnahme Dritter, insbesondere Anschaffungs- und Herstellungskosten, die

ausschließlich der Maßnahme zuzurechnen sind.

(2) Der beitragsfähige Aufwand wird nach den tatsächlichen Aufwendungen ermittelt.

§ 4

Anteil der Stadt und der Beitragspflichtigen

(1) Die Stadt trägt den Teil des Aufwandes, der

a) auf die Inanspruchnahme der Anlagen durch die Allgemeinheit entfällt,

b) bei der Verteilung des Aufwandes nach § 5 auf ihre eigenen Grundstücke entfällt.

Der übrige Teil des Aufwandes ist von den Beitragspflichtigen zu tragen.

(2) Überschreitet die Anlage die nach Abs. 3 anrechenbare Breite, so trägt die Stadt den durch die Überschreitung verursachten Mehraufwand allein.

(3) Der Anteil der Stadt am Aufwand für die im § 2 genannte Straßenbaumaßnahme beträgt bei Anliegerstraßen für die Fahrbahn bei einer anrechenbaren Breite bis 5,50 m und für die Oberflächenentwässerung 70 v. H. Die genannte Breite ist eine Durchschnittsbreite.

Wenn bei einer Straße ein oder beide Parkstreifen fehlen, erhöht sich die anrechenbare Breite (2,00 m) des oder der fehlenden Parkstreifen, soweit auf der Straße eine Parkmöglichkeit geboten wird.

§ 5

Beitragsmaßstab

A (1) Der nach § 4 auf die Beitragspflichtigen entfallende Anteil am beitragsfähigen Aufwand (umlagefähiger Aufwand) wird auf die durch die Anlage nach § 2 erschlossenen Grundstücke nach den Grundstücksflächen verteilt. Dabei wird die unterschiedliche Nutzung der Grundstücke nach Maß (Abs. B) und Art (Abs. C) berücksichtigt.

(2) Als Grundstücksfläche i. S. des Abs. 1 gilt bei Grundstücken außerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes:

a) die nicht unter Buchstabe b) fallen, die Gesamtfläche des Grundstücks, bei Grundstücken, die nicht an die Anlage (Knorraue) nach § 2 angrenzen und durch einen zum Grundstück gehörenden Zugang mit dieser Anlage verbunden sind, die Gesamtfläche des Grundstücks ohne die Fläche des Zugangs; Gleiches gilt für Hinterliegergrundstücke, die zum Zeitpunkt des Entstehens der sachlichen Beitragspflicht ein Wegerecht über ein fremdes Grundstück zur ausgebauten Straße besitzen,

b) die nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind oder genutzt werden und bei in anderer Weise nutzbaren Grundstücken die gesamte Grundstücksfläche.

B (1) Entsprechend der Ausnutzbarkeit wird die Grundstücksfläche bzw. Teilfläche des Grundstücks im Innenbereich (A Abs. 2) mit einem Nutzungsfaktor vervielfacht, der im einzelnen beträgt:

1. bei eingeschossiger Bebaubarkeit oder gewerblich nutzbaren Grundstücken, auf denen keine Bebauung zulässig ist 1,0

2. bei zweigeschossiger Bebaubarkeit 1,25

3. bei dreigeschossiger Bebaubarkeit 1,50

4. 0,5 bei Grundstücken, die in einer der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbaren

Weise genutzt werden können (z. B. Friedhöfe, Sportanlagen, Dauerkleingärten).

Als Vollgeschosse gelten alle oberirdischen Geschosse, deren Deckenoberkante im Mittel mehr als 1,40 m über die Geländeoberfläche hinausragt und die über mindestens zwei Drittel ihrer Grundfläche eine Höhe von mindestens 2,30 m haben.

Geschosse, die ausschließlich der Unterbringung haustechnischer Anlagen dienen (Installationsgeschosse) gelten nicht als Vollgeschosse.

(2) Grundstücke, auf denen nur Garagen oder Stellplätze gebaut werden dürfen, gelten als eingeschossig bebaubare Grundstücke.

(3) Grundstücke, die nicht baulich oder gewerblich genutzt sind und auch nicht baulich oder gewerblich genutzt werden dürfen, werden mit 0,5 der Grundstücksflächen angesetzt.

(4) Bei Grundstücken im unbeplanten Innenbereich ist

a) bei bebauten Grundstücken die Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse maßgebend. Überschreitet die in der näheren Umgebung vorhandene Zahl der Vollgeschosse (mögliche Vollgeschosszahl) diese auf dem Grundstück tatsächlich vorhandene Höchstzahl der Vollgeschosse, so ist die mögliche Vollgeschosszahl bei der Beitragsberechnung und -festsetzung heranzuziehen,

b) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Zahl der auf den benachbarten Grundstücken des Abrechnungsgebietes überwiegend vorhandenen Vollgeschosse maßgebend.

(5) Ist eine Geschosszahl wegen der Besonderheiten des Bauwerkes nicht feststellbar, werden je angefangene 2,80 m Höhe des Bauwerkes als ein Vollgeschoss gerechnet.

(6) Entsprechend der Ausnutzbarkeit wird die Grundstücksfläche bzw. Teilfläche des Grundstückes im Außenbereich (A Abs. 2) vervielfacht mit:

a) wenn sie ohne Bebauung sind, bei

a)a) Waldbestand oder nutzbaren Wasserflächen	0,0167
b)b) Nutzung als Grün-, Acker- oder Gartenland	0,0333
c)c) gewerblicher Nutzung (z. B. Bodenabbau pp.)	1,0

b) wenn sie in einer der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbaren Weise genutzt werden (z. B. Dauerkleingärten, Campingplätze ohne Bebauung, Kleingärten) 0,5

c) wenn auf ihnen Wohnbebauung, landwirtschaftliche Hofstellen oder landwirtschaftliche Nebengebäude (z. B. Feldscheunen) vorhanden sind, für die bebaute und dieser Bebauung zuzurechnende Teilfläche mit Zuschlägen von je 0,25 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss, für die Restfläche gilt Lit. a), 1,0

C Erhöhung des Nutzungsfaktors

(1) Bei Grundstücken, die gewerblich genutzt werden, erhöht sich der Nutzungsfaktor um 0,5.

(2) Bei teilweise gewerblich genutzten Grundstücken erhöht sich der Nutzungsfaktor um 0,25.

D (1) Bei Eckgrundstücken und Grundstücken zwischen zwei Anlagen wird der sich nach § 5 A

(1) ergebende Beitrag nur zu zwei Dritteln erhoben. Teilweise gewerblich genutzte und gewerblich genutzte Grundstücke sind von dieser Regelung ausgenommen.

§ 6

Beitragspflichtige

(1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer der durch die Anlage erschlossenen Grundstücke ist. Mehrere Eigentümer eines Grundstückes haben als Gesamtschuldner zu leisten.

(2) Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.

(3) Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

(4) Besteht für das Grundstück ein Nutzungsrecht, so tritt der Nutzer an die Stelle des Eigentümers. Nutzer sind die in § 9 des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2457) genannten natürlichen oder juristischen Personen des privaten und des öffentlichen Rechts. Die Beitragspflicht dieses Personenkreises entsteht nur, wenn zum Zeitpunkt der Fälligkeit des Beitrages das Wahlrecht über die Bestellung eines Erbbaurechts oder den Ankauf des Grundstückes gemäß den §§ 15 und 16 des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes bereits ausgeübt und gegen den Anspruch des Nutzers keine nach dem Sachenrechtsbereinigungsgesetz statthaften Einreden und Einwendungen geltend gemacht worden sind, anderenfalls bleibt die Beitragspflicht des Grundstückseigentümers unberührt.

Wurde eine in § 2 bezeichnete Anlage nach dem 31.01.2004 endgültig hergestellt, tritt an die Stelle des Satzes 3 folgende Regelung: Die Beitragspflicht dieses Personenkreises entsteht nur, wenn zum Zeitpunkt des Erlasses des Beitragsbescheides das Wahlrecht über die Bestellung eines Erbbaurechts oder den Ankauf des Grundstückes gemäß den §§ 15 und 16 des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes bereits ausgeübt und gegen den Anspruch des Nutzers keine nach dem Sachenrechtsbereinigungsgesetz statthaften Einreden und Einwendungen geltend gemacht worden sind, anderenfalls bleibt die Beitragspflicht des Grundstückseigentümers unberührt.

§ 7

Fälligkeit

Der Beitrag wird einen Monat nach der Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 15.04.1999 in Kraft.

Vetschau/Spreewald,

Axel Müller
Bürgermeister

Beschlussbegründung:

Nach § 8 KAG sind für die straßenbaulichen Maßnahmen in Knorraue Beiträge zu erheben. Die Straßenausbaubeitragssatzung vom 11.05.1999 der Gemeinde Laasow und die erste und zweite Änderungssatzungen vom 11.05.1999 sind nach der Rechtsprechung nichtig. Nach der Rechtsprechung ist die in der Satzung vom 11.05.99 unter § 4a enthaltene Vorverteilungsregelung nach Frontlängen für land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke nicht rechtmäßig. Diese Nutzungsarten u. a. werden in dieser Satzung durch verschiedene Nutzungsfaktoren, die sich auf die Grundstücksfläche beziehen, berücksichtigt. Zur Erhebung der Beiträge ist somit erneut eine Satzung zu erlassen. Diese Satzung mit Angabe des Anteiles der Stadt ist Rechtsgrundlage für die Erhebung der Beiträge. Nach der Änderung des KAG durch das Gesetz vom 17.12.2003 ist es nun möglich, anstelle des Beitragssatzes den Gemeindeanteil in Straßenausbaubeitragssatzungen anzugeben. Die straßenbaulichen Maßnahmen wurden in Knorraue 2000 beendet. Die Beiträge sollen nach dieser Satzung noch 2004 erhoben werden, da die Festsetzungsfrist nach § 169 AO hierfür zum 31.12.2004 abläuft.

Finanzielle Auswirkungen:

AUSGABEN: EINNAHMEN: X

BETRAG: BETRAG:

Deckung:

PLANMÄßIG: X

HHST: 6300.3507

ÜBERPLANMÄßIG: AUßERPLANMÄßIG:

MEHREINNAHMEN BEI HHST:

MINDERAUSGABEN BEI HHST:

Stellungnahme Finanzverwaltungsamt:

Mitarbeiter	Sachbearbeiter	Amtsleiter	Bürgermeister
-------------	----------------	------------	---------------